



Alexander Karin (Generalmajor a.D.)

Artikel zum Thema

**„Einflüsse der Aufklärungsarbeit auf die zentralen Organe
der Politik und des Militärs“**

Dok.Nr.: Axxxxxxx_karin
Quelle: unbekannt
Herkunft: unbekannt
Autor: Generalmajor a.D. Alexander Karin (Jahrgang 1925)
Stellvertreter des Chef Aufklärung des MfNV

Alexander Karin¹

Einflüsse der Aufklärungsarbeit auf die zentralen Organ der Politik und des Militärs

Erlauben Sie, etwas Persönliches an den Anfang meiner Ausführungen zu stellen: Als ich 1949 nach vier Jahren Kriegsgefangenschaft in der UdSSR, dem von Hitlerdeutschland wortbrüchig überfallenen Land, nach Hause zurückkehrte, kam ich in ein praktisch gespaltenes Land.

Ich stand noch unter dem Eindruck einer zu Herzen gehenden Abschlusskundgebung im Kriegsgefangenenlager, die aus Anlas unserer Heimkehr und der kurz zuvor erfolgten Schaffung der NATO stattfand. Von Anfang bewertete die Sowjetunion den Militärpakt als gegen sich gerichtet. Auf dieser Kundgebung brachten über 2000 Kriegsgefangene zum Ausdruck, niemals wieder eine Waffe gegen die Sowjetunion in die Hand zu nehmen und sich künftig für ein freundschaftliches Verhältnis zu diesem Land einsetzen zu wollen.

Aber ich kam in eine Heimat zurück, in der zwei entgegengesetzte Entwicklungsrichtungen zu beobachten waren.

In der damaligen Ostzone bemühten sich die Menschen, wie ich es gesehen habe, konsequent die Lehren der Vergangenheit zu ziehen und die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens von 1945 zu realisieren, dabei die Wurzeln für mögliche künftige Kriege ein für allemal zu beseitigen. In den Westzonen jedoch war im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen Restauration zu beobachten. Der damalige USA-Außenminister John Foster Dulles hatte für den Westen die Politik des *containment*, der Eindämmung des Kommunismus, verkündet, die nur wenig später zur Politik des *roll back* mündete.

In der Ostzone und später nach der Gründung der DDR forderten die Menschen die Herstellung der Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag. Sogar gesamtdeutsche freie Wahlen nach dem Wahlgesetz der Weimarer Republik wurden vorgeschlagen („Stalin-Note“ an die Westmächte vom 10. März 1952).

Der Westen jedoch lehnte dies ab. Und der erste Bundeskanzler, Konrad Adenauer, erklärte, er wolle „lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb“.

Westlicherseits folgten dann der Abschluss des sogenannten Deutschland-Vertrages am 26. Mai 1952 (Vertrag über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Westmächten), einen Tag später der Vertrag über die europäische - Verteidigungsgemeinschaft (EVG), mit der die Wiederaufrüstung der BRD offiziell beschlossen wurde. Mit der Bildung des sogenannten Amtes Blank am 26. Oktober 1952 mit den Generalen Speidel und Heusinger begann die Planung der Wiederaufrüstung.

Ich war also, so empfand ich es damals, in ein Deutschland entlassen worden, das durch den entstandenen Ost-West-Konflikt gespalten war. Zweifellos lagen die Wurzeln dafür in der Widersprüchlichkeit der Anti-Hitler-Koalition und den nach dem Kriege von den Koalitionären, den Westmächten einerseits und der Sowjetunion andererseits, verfolgten Nachkriegszielen.

Es ist nachzuvollziehen und verständlich, wenn sowohl die Westmächte als auch die UdSSR nach dem Zweiten Weltkrieg diejenigen europäischen Gebiete und Länder, auf denen sie Hitler-Deutschland geschlagen und die sie laut Potsdamer Abkommen besetzt hatten, für sich, für ihre Interessen festigen, in ihre entgegengesetzten politischen und militärischen Systeme und Machtbereiche fest einbinden und auch gegen die andere Sei-

¹ Alexander Karin (Generalmajor a.D.) war langjähriger Leiter der Auswertung innerhalb der Aufklärung der NVA

ten behaupten, ja, möglichst vergrößern wollten. Die Anti-Hitler-Koalition war zerfallen, an ihre Stelle war der Ost-West-Konflikt getreten.

Auf westlicher Seite herrschte die Furcht vor dem sozialistischen System, einem Gesellschaftssystem, das ja die Überwindung des Kapitalismus auf seine Fahnen geschrieben hatte, und das deshalb möglichst ausgeschaltet werden sollte.

Auf östlicher Seite herrschte ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Westen und seinen möglichen Absichten, das sich auf die historische Erfahrung der Sowjetunion gründete, auf den Überfall auf die Sowjetunion durch Hitler-Deutschland am 22. Juni 1941 mit all seinen Folgen für die Völker der Sowjetunion. So etwas durfte sich nach sowjetischer Meinung nie wiederholen.

In diesem „Syndrom des 22. Juni 1941“ liegen m. E. die Wurzeln nicht nur für das Misstrauen gegenüber dem kapitalistischen Westen, sondern auch für die Überrüstung der östlichen Seite, noch selbst dann, als längst das annähernde militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West hergestellt worden war.

Und noch ein wichtiger Faktor kommt hinzu: Diese ganze Entwicklung verlief unter den Bedingungen der Existenz von Atomwaffen auf beiden Seiten, ein Faktor, der jegliche Entscheidung der Seiten beeinflusste und der die Friedenssicherung immer wichtiger, ja zu einer Existenzfrage machte.

Unter den geschilderten Bedingungen – die natürlich von der Art und Weise, wie sie die östliche Seite darstellte, auf mich einwirkten – begann ich Mitte des Jahres 1952 meinen Dienst in der NVA, speziell in der militärischen Aufklärung, im Auswertungs- und Informationsapparat. So, wie ich durch die erlebte Entwicklung dazu motiviert war, auf diese Art und Weise der Friedenssicherung zu dienen, so ist sicherlich auch der größte Teil unserer Kundschafter durch die sich fortsetzende Entwicklung im Ost-West-Konflikt motiviert worden, auf seine ganz spezielle Weise einen Beitrag zur Erhaltung und Sicherung des Friedens zu tun.

Spionage für den Frieden?

Auch die Arbeit des militärischen Aufklärungsdienstes der NVA der DDR in allen ihre Sparten hat mit dazu beigetragen, in den Jahren des Kalten Krieges den Frieden zu sichern und militärische Abenteuer in Europa zu verhindern.

Wir kannten die militärpolitischen Absichten und Möglichkeiten der NATO, einschließlich der BRD, die Stärken und Schwächen ihrer Streitkräfte, ihre sich daraus ergebenden militärischen Möglichkeiten ziemlich genau.

Ich möchte nur darauf verweisen, dass die militärische Aufklärung der NVA aufgrund der Tätigkeit unserer Kundschafter detailliert informiert war über die NATO- und die BRD-Militärpolitik, über Bestand und Zustand der Streitkräfte, über Rüstungsvorhaben und -planungen, über den NATO-Alarmplan, über die Ergebnisse großer Übungen wie „Fallex“, „Wintex/Cimex“ usw.

Als Beleg dafür nenne ich das – von uns zwar widerwillig herausgegebene, weil die Möglichkeit der Gefährdung unserer Kundschafter nicht ausschließende – Buch „Die Streitkräfte der NATO auf dem Territorium der BRD“.

Es ist in zwei Auflagen 1984 und 1986 im Militärverlag der DDR erschienen und stellt ein Kompendium über die NATO-Streitkräfte dar.

Übrigens: Das Buch wurde Herrn Egon Bahr kurz nach der Wende bei seinem Besuch in dem Objekt der Militäraufklärung übergeben, und es wird erzählt, dass Bahr es Herrn General Schönbohm weitergegeben hätte. Schönbohm war damals Auflöser der NVA. Er solle ob unseres detaillierten Wissens über die Bundeswehr bass erstaunt gewesen sein.

Ein anderes Beispiel ist das nach über zwanzig Jahren der Planung und Konstruktion dieser Tage der Luftwaffe zugeteilte Kampfflugzeug „Tornado“. Die ersten Pläne über dieses NATO-Nachfolgemodell der „Phantom II“ habe ich Anfang der 80er Jahre zur Kenntnis genommen und weitergemeldet.

Auch der in den 70er und 80er Jahren einsetzende Normalisierungs- und Entspannungsprozess in Deutschland und Europa wurde nach meiner Überzeugung stark durch die Tätigkeit unserer militärischen Aufklärung und ihrer Kundschafter beeinflusst. Zur KSZE, KVAE; MBFR, SALT I und II laufend von uns eingebrachte Dokumente und Informationen, die unserer militärischen und politischen Führung, einschließlich Moskau, unverzüglich weitergemeldet wurden, haben nach meiner Überzeugung zweifellos zum Abbau des gegenseitigen Misstrauens und zum Erfolg der Entspannungs- und Normalisierungsanstrengungen in Europa beigetragen.

Nach meiner Meinung sind natürlich auch von westlicher Seite entsprechende Anstrengungen unternommen worden, um – genau wie wir – genaue Kenntnis von politischen und militärischen Absichten, von Stärken und Schwächen der Streitkräfte des Warschauer Vertrages und ihren militärischen Möglichkeiten zu erlangen und immer wieder zu ergänzen, zu präzisieren und zu vervollständigen. Ich bin auch überzeugt – entsprechende Aufklärungsergebnisse bestätigen das auch –, dass die Bundeswehr-Führung und die NATO genauso über den Warschauer Pakt und seine Streitkräfte informiert waren. Wenn deshalb „westliche Spione“ für sich in Anspruch nehmen, dem Frieden gedient zu haben – warum gilt das nicht auch für die „östlichen“?

Auch die für den Osten, darunter die für die Militäraufklärung der NVA tätigen Kundschafter haben genau so zum Abbau des Misstrauens zwischen Ost und West, zur Entspannung und Sicherung des Friedens beigetragen, wenn das auch langwierig und sehr, sehr schwierig gewesen ist, weil immer wieder das „Syndrom des 22. Juni 1941“ nachwirkte, letztlich war den Bemühungen doch Erfolg beschieden.

Haben nun unsere nachrichtendienstlichen Erkenntnisse Einfluss auf die Militärstrategie des Warschauer Paktes gehabt?

Aus meiner Kenntnis, die auf eigenen Wahrnehmungen und auf Informationen meiner ehemaligen Vorgesetzten beruht, ist absolut sicher, dass die Informationen und Meldungen unserer militärischen Aufklärung von unseren militärischen und – soweit sie dem Nationalen Verteidigungsrat der DDR angehörten – politischen Vorgesetzten zur Kenntnis genommen wurden. Ich nahm teil an Tagungen des Minister-Komitees (Komitee der Verteidigungs-Minister) des Warschauer Vertrages, wenn auf der Tagesordnung eine Beratung der Aktivitäten der NATO stand. Auch bei entsprechenden Tagungen des Militärrates der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages war ich Teilnehmer.

Insgesamt waren nach dem Urteil meiner ehemaligen Vorgesetzten unsere Einschätzungen über die NATO, ohne überheblich erscheinen zu wollen, immer sehr gefragt. Bei solchen Tagungen hat jede Seite ihre Bewertung unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen, wahrscheinlich möglichen Handlungsrichtung dargelegt. Daraus wurden Aufgaben für die Streitkräfte des Warschauer Vertrages abgeleitet und beschlossen.

Strittige Debatten, ein Ringen hin und her über die jeweils notwendigen Schlussfolgerungen und Aufgaben sowie über den weiteren Kurs gegenüber der NATO habe ich jedoch nicht erlebt und es ist mir auch keinerlei Information darüber bekannt geworden.

Solche grundsätzlichen Debatten mit Beschlüssen oder Entscheidungen wurden nach meiner Meinung an höchster Stelle in Moskau geführt bzw. gefällt und dort herrschte viele, viele lange Jahre hindurch Misstrauen gegenüber dem Westen vor, dort wirkte unbeirrt das „Syndrom des 22. Juni 1941“. National, d. h. im Rahmen der DDR, wurden die Erkenntnisse der Militäraufklärung regelmäßig ausgewertet.

Der Nationale Verteidigungsrat der DDR hat sich laut Information meiner früheren Vorgesetzten fast jährlich mit den Aktivitäten der NATO, besonders der Bundeswehr befasst, zuletzt meines Wissens mit der strategischen militärisch-zivilen NATO-Übung „Wintex/Cimex 89“. Dazu referierte der damalige Chef NVA-Aufklärung, der verstorbene Generalleutnant Krause. Es wurden folgende Schlussfolgerungen gezogen, dass

1. die NATO mittels ihrer Politik der Stärke weiterhin allseitigen Druck auf die sozialistischen Länder auszuüben beabsichtigt, um letztlich den Sozialismus zu liquidieren (was ja auch gelungen ist);
2. dass die Aufklärung unvermindert fortzusetzen sei und alle Entwicklungen auf der NATO-Seite im Sinne der Verhinderung jeglicher Art von Überraschung rechtzeitig zu melden seien; und dass
3. die Widersprüchlichkeit der Entwicklung im Abrüstungs- und Entspannungsprozess öffentlichkeitswirksamer darzulegen sei.

Auch bei den im Zweijahres-Rhythmus stattfindenden zentralen Ausbildungsmaßnahmen des Nationalen Verteidigungsrates wurden stets die neuesten Erkenntnisse und Aufklärungsangaben über die NATO behandelt. Sie flossen auch in die Tätigkeit des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR ein bei der Erarbeitung von Grundsatzdokumenten und Dienstvorschriften, in die Präzisierung der Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft, Ausbildung der Führungsorgane, Stäbe und Truppen, in die Schulung leitender Kader der NVA, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung.

Hauptziel und –zweck der gesamten militärischen Aufklärung der DDR war es immer, die politischen und militärischen Möglichkeiten der NATO, besonders der BRD, ihre wahrscheinlichen Absichten so real und genau wie nur irgend möglich einzuschätzen, eine wie auch immer geartete Überraschung auszuschließen, um rechtzeitig erforderliche Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Die genaue Analyse der militärisch-politischen Lage, die exakte Kenntnis des NATO-Alarmplanes und unser Netz der ständigen Beobachtung entscheidender Objekte für eine eventuelle Mobilmachung und Entfaltung der NATO-Streitkräfte zu militärischen Handlungen diente im Zusammenklang mit den uns zulaufenden Informationen militärisch-politischer und militärischer Art aus der NATO und dem Bundesverteidigungsministerium gerade der Verhinderung jeglicher Überraschung.

Nach einer Einschätzung des ehemaligen Stellvertretenden Verteidigungsministers der DDR und Chefs des Hauptstabes der NVA, Generaloberst a. D. Streletz, haben unsere Aufklärungsorgane während des Kalten Krieges eine hervorragende Arbeit geleistet und mit ihrer Tätigkeit zur Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichtes zwischen NATO und WV und damit zur Friedenssicherung in Europa beigetragen.

Schließlich und endlich – dessen bin ich mir gewiss – haben die vielen Informationen und Dokumente, die unsere Kundschafter eingebracht und die wir in der Militäraufklärung der NVA analysiert haben, darunter auch direkt nach Moskau, große Bedeutung im Normalisierungs-, Entspannungsprozess und für die Sicherung des Friedens gehabt.

Die Informationen zu Fragen der KSZE, MBFR, SALT I und II sind für die östliche Seite bezüglich ihrer Verhandlungstaktik und -führung von besonderer Bedeutung gewesen, denn sie haben Anteil daran, das tiefe Misstrauen zwischen den Blöcken zu reduzieren, sie haben zu positiven Ergebnissen der genannten Verhandlungen beigetragen. Somit haben sie letztlich auch zur Änderung der Militärstrategie des Warschauer Vertrages in den frühen 80er Jahren, das heißt zur Einführung einer reinen Verteidigungs-Strategie des Warschauer Vertrages geführt.

Nach meiner Meinung ist deshalb die Frage „Spionage für den Frieden?“ eindeutig mit JA zu beantworten, und das gilt für Kundschafter auf beiden Seiten und für beide Seiten gleichermaßen.